

# Marburger Echo

Nr 02/2021

Zeitschrift der **D**eutschen **K**ommunistischen **P**artei Marburg-Biedenkopf



## Repression

„Kaltes Parteienverbot“  
- DKP im Visier

## Kommunales

Neues in der Woh-  
nungspolitik

## Krieg & Frieden

Defender 21: Klima-  
und Friedensbedrohend

# Editorial

Die letzten Wochen und Monaten hatten es in den Kernfragen der Menschheit – Frieden und Klima – leider so richtig in sich. Die Hochwasserkatastrophe im Westen der Republik hat uns alle erschüttert. Unglaubliche Bilder gab es zu sehen und zu verkraften. Eine Zerstörung sondergleichen – von Menschenleben, von Existenzen, von Natur. In Spanien fast 50 Grad, ebenso in Kanada. Waldbrände im Nordwesten der USA, die sich weiter ausbreiten. Der Einfluss des Klimawandels ist deutlich spürbar. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Was für ein Wahnsinn!

Keine guten Nachrichten gibt es auch vom Klima- und Friedenskiller Militär. Von März bis Juni führten US-Streitkräfte gemeinsam mit ihren europäischen Verbündeten das Großmanöver „Defender Europe 2021“ als Mobilmachungsübung gegen Russland in Südosteuropa und in der Schwarzmeerregion durch. Wieder waren weit mehr als 20.000 Soldaten im Einsatz, natürlich rein defensiv, natürlich nur für die Friedenserhaltung. Auch da lässt sich nur sagen: Was für ein Wahnsinn!

Da gibt es nur eins zu tun, aktiv zu werden. Für den 24. September, zwei Tage vor der Bundestagswahl, ruft Fridays for Future zum globalen Klimastreik auf – überall in der BRD und auf der ganzen Welt sind Demonstrationen für mehr Tempo beim Klimaschutz geplant. „Wenn dieses Jahr der Bundestag neu gewählt wird, entscheidet das über unser aller Zukunft“, heißt es im Aufruf von Fridays for Future. „Nur, wenn in den nächsten vier Jahren konsequent gehandelt wird, können wir die dramatischen Folgen der Klimakrise noch eindämmen. Wir können, wir dürfen nicht mehr warten.“

Am 1. September, am Antikriegstag, wird nicht nur in Marburg demonstriert werden. Frieden und Klima gilt es zu schützen, beides gehört untrennbar zusammen. Wir sehen uns auf der Straße und den Kundgebungsplätzen wieder.



**Herwig Selzer**

**Seite 4-5:**

Lokalpolitik: Demokratische Mi(e)tbestimmung - Instrumente zur Schaffung bezahlbarer Wohnungen

**Seite 8-9:**

Betrieb und Gewerkschaft: Neoliberale Retrowelle

**Seite 14:**

Feuilleton

**Seite 6:**

Gastbeitrag: Die DKP und die Demokratie

**Seite 10-11:**

DKP in Aktion

**Seite 15:**

Blick zurück und Blick nach vorne

**Seite 7:**

Stimme der Jugend: BioNTech enteignen!

**Seite 12-13:**

Defender 2021: NATO-Manöver gefährdet den Frieden

# Für uns im Rathaus: Tan

## Demokratische Mi(e)tbestimmung Schaffung von bezahlbaren Wo



Noch steht keine neue Stadtregierung, dennoch bleiben die drängenden Aufgaben

im Hinblick auf bezahlbaren Wohnraum, sowie die Einbeziehung der Mieter:innen in Entscheidungsabläufe!

Die Marburger Linke brachte hierzu drei Anträge ein, die Verbesserungen auf dem angespannten Wohnungsmarkt versprechen.

Erstens soll der Spielraum für Spekulationen und Renditeorientierung auf dem Wohnungsmarkt Einhalt geboten werden. Wie soll das umgesetzt werden, durch die Erhöhung der Sozialquote auf nun 30 Prozent, ein Instrument was regulierend eingreift und reinem gewinnorientierten Handeln privater Investoren entgegengesetzt werden muss. Die Stadtverordnetenversammlung hat mit großer Mehrheit beschlossen, dass bei zukünftigem Wohnungsneubau eine Quote von 30% ab 10 Wohneinheiten

festgelegt wird mit Mietpreis- und Belegungsbindung, nur die Fraktion von CDU/FDP stimmte dagegen. Zudem wurde der Magistrat beauftragt ein rechtsicheres Konzept bis Ende des Jahres vorzulegen, welches einer beliebten Art des „vorbeischummeln“ durch Investoren unterbindet, in dem die Quotierungsregel bei allen Neubauvorhaben greift.

---

**„Noch steht keine neue Stadtregierung, dennoch bleiben die drängenden Aufgaben im Hinblick auf bezahlbaren Wohnraum**

---

Zweitens ist die Stadt Marburg jetzt selbst in der Pflicht keinen eigenen Grund und Boden mehr zu verkaufen, sondern im Gegenteil erkennt sie die Zeichen der Zeit an und kauft Flächen für den Wohnungsbau selbst an, entwickelte diese konzeptionell und bebaut diese bestenfalls durch die städtische Wohnbaugesellschaft selbst. Hier spricht man von Bodenbevorratung, was Grundlage einer verantwortlichen, vorausschauenden

# ja Bauder-Wöhr

## ng – Instrumente zur hnungen

den Stadtentwicklung generell sein sollte. Drittens wollen Mieter:innen selbst mitentscheiden und sich Gehör verschaffen in Form von Mieterbeiräten. Dazu gab es in den letzten zehn Jahren viele Initiativen, erinnert sei auch an den Kampf der Mieter:innen am Richtsberg. Mieter:innen wollen gefragt werden, wenn es um Sanierung oder Modernisierungen geht, sie wollen einbezogen werden auf allen Ebenen, sei es bei Gestaltung des Wohnumfeldes, Mitsprache bei anstehenden Baumaßnahmen, Instandhaltungen und natürlich auch bei Festsetzung der Miethöhe. Die städtische Wohnbaugesellschaft GeWoBau hat einen eigenen Aufsichtsrat, nur logisch, dass dort künftig auch ein Platz für Mieterbeiräte eingerichtet werden muss.

Bei allen drei Vorhaben geht es um die konkrete Umsetzung, wir werden es von innen wie außen beobachten und begleiten und nachdrücklich einfordern. Jetzt möchte ich noch die herzliche Einladung aussprechen, sich aktiv einzumischen und durch eigene Anregungen mitzuwirken. Wir und diese Stadt brauchen es!

## In aller Kurze Kurze Anfragen an den Magistrat

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Kenntnisse er über „Müllprobleme“ verteilt über das gesamte Stadtgebiet Marburg hat, warum die städtische Tochter GeWoBau ausschließlich am Richtsberg ohne Benachrichtigung ihrer Mieter:innen eine private Firma beauftragt hat, diese bei der Mülltrennung zu unterstützen, und mit welchen Mehrkosten dies für die betroffenen Mieter:innen einhergeht?

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, inwiefern bekannt ist, dass es am Richtsberg durch dort nicht ansässige Personen zu sogenannten illegalen Müllablagerungen kommt, bei denen Müll unsachgemäß in falsche Tonnen entsorgt wird, und wieso bzw. mittels welcher Lösungen und Konzepte erhoffen sich Magistrat und GeWoBau durch die private Firma ACC Consult & Engineering GmbH hier eine Abhilfe, wobei dies doch ins Aufgabengebiet der DBM fällt?

# Die DKP und die Demokratie

In Anbetracht der drohenden Aberkennung des Parteienstatus der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), möchten wir als Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) die Haltung von Wolfgang Abendroth zur DKP kurz rekapitulieren. Die AgF steht in Tradition der Marburger Schule, welche durch die Ernennung Abendroths 1950 zum „Partisanenprofessor“ (Habermas) an der Universität Marburg begründet wurde. Als marxistische Studierende ist für uns nicht nur die akademische Perspektive Abendroths und anderer „Marburger“ ein wichtiger Orientierungspunkt, sondern auch deren Sicht auf die politische Praxis – so auch auf die der DKP.

Abendroths Einstellung hinsichtlich der DKP kann als durchaus differenziert eingeordnet werden. Einerseits war Abendroth nie Mitglied dieser Partei und „vieler seiner theoretischen Analysen lagen nicht auf der Linie der DKP.“ Dennoch bezeichnete er sie als „kleine realitätsbewußte Partei des proletarischen Klassenbewusstseins“ (Negt 2001: 182) mit der politische Diskussionen „unabweisbar und erforderlich“ waren. Er argumentierte sogar „für ein taktisch bedingtes Zusammengehen mit der DKP“ (Bock 2001: 260). Daher ist es nicht über-raschend, dass er 1984 bei den Europawahlen zur Wahl des linken Bündnisses „Friedensliste“ aufrief, auf der auch DKPler kandidierten. Er begründete den Aufruf wie folgt:

„Auch ich bin weder Mitglied noch Anhänger der DKP, und es gibt viele Fragen, in denen ich anderer Meinung bin als die DKP. Aber Kommunisten nur deshalb, weil sie Kommunisten sind, aus dem politischen Leben auszuschließen, das heißt Demokratie in die Luft zu sprengen.“ In Anbetracht der derzeitigen Ereignisse erhalten diese Worte besondere Relevanz. Man muss nicht nicht Kommunist sein, um sich mit der DKP solidarisch zu zeigen. Es ist eine Frage der Qualität der Demokratie, ob eine kleine Partei kandidieren darf, die für den sozialen Fortschritt in einem solchen Ausmaß kämpft, wie es viele weitaus größere Parteien nicht tun. Mit dem Verlust des Parteienstatus würden die Finanzierungsmöglichkeiten der Partei stark eingeschränkt, wodurch sie um ihre Existenz bangen müsste. Die alleinige Begründung für die Aberkennung sind formale Fehler (zu spät abgegebene Rechenschaftsberichte), was zynisch erscheint, schaut man sich andere, viel größere Parteien an. In letzter Zeit war vor allem die CDU immer wieder in Skandale verwickelt (Korruption etc.). Bei dieser Partei hat niemand von einem Verbotverfahren gesprochen.

Deswegen sagen wir als AgF: Solidarität mit der DKP! Gegen die Aberkennung ihr Parteienstatus – für eine Demokratie mit Kommunisten.

## Stimme der Jugend - die Rubrik der SDAJ

# BioNTech enteignen!

Weltweit sind die Impfstoffe knapp, jedoch am allermeisten außerhalb des Westens, welcher jeglichen Impfstoff für sich beansprucht. Bemerkenswert ist die Berechnung der Preise: Pharmariesen berechnen dabei nach Kosten-Nutzen, das heißt, weil Covid19 riesige ökonomische Schäden verursacht, soll das Medikament auch besonders teuer sein (54,08€ pro Dosis fordert BioNTech von der EU). Die Halsabschneider von BioNTech behaupten dabei auch noch, für die Entwicklung selbst bezahlt zu haben, in Wirklichkeit bekamen sie ca 425 Mio Euro Unterstützung aus Steueraschen, das entspricht ca 50% der Entwicklungskosten für den Impfstoff. Anschließend wurde behauptet, der Verkauf würde zum Produktionspreis erfolgen; in der Realität belief sich der Gewinn von BioNTech im ersten Quartal 21 von Sage und Schreibe 1,13 Mrd. Euro bei einem Umsatz von 2,05 Mrd. Euro (Gewinnrate von 55,12%) Ob Pfizer und BioNTech nun wie versprochen diese hohen Gewinne in die Forschung investieren werden, bleibt abzuwarten.

Doch zurück zum eigentlichen Thema: Warum müssen wir Steuerzahler solche

Summen für den Impfstoff zahlen, deren Entwicklung schon steuerfinanziert ist?! Warum müssen arme Länder für zig Milliarden den überbewerteten Impfstoff kaufen, die sie eigentlich in ihre eigene Wirtschaft investieren müssten? Mittlerweile fordern sogar die USA Patentfreigabe, die Monopolpresse nennt das dann Sozialismus und schürt Panik. Wenn die Zeitungen mit „Sozialismus“ „Menschenleben retten“ dann ja das wollen wir. Die Zeitungen vergessen aber, dass dies noch längst kein Sozialismus ist, es würden nur die Gewinnmargen etwas eingeschränkt und Erpressung anderer Länder durch Konzerne beendet werden. Zumal werden die Profite auch bei Lizenzen bestimmt ausreichend sein, um sich eine goldene Nase zu verdienen. Eine Enteignung hingegen ermöglicht eine Patentfreigabe aber noch wichtiger einen Verkauf zu Produktionskosten. So können sich auch arme Länder den Impfstoff leisten und müssen nicht erst Produktionskapazitäten aufbauen oder die hohen Gewinne einiger Firmenbosse finanzieren. Daher fordern wir mindestens eine Patentfreigabe oder noch besser: BioNTech enteignen!

# Neoliberale Retrowelle sich eine Wiederauflage

Deregulierung des Arbeitsmarkts und ein massiver Abbau des Sozialstaats – das waren die zentralen Ziele der Agenda-Politik in den 2000er Jahren. Droht den Lohnabhängigen in Deutschland nun unter den Bedingungen der aktuellen Krise eine Neuauflage dieser für sie so verheerenden Politik?

Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ (IW) und die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ (InsM) haben bereits stellvertretend für die Monopole deren Erwartungshaltung an die Politik formuliert. Nachdem sich in den letzten Wochen Kapitalverbände und ihnen nahestehende Wirtschaftsinstitute für die Rente ab 69 stark gemacht haben, hat in der vergangenen Woche die berüchtigte „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ nachgelegt. Deren Geschäftsführer Hubertus Pellengahr hat das aktuelle Niveau der gesetzlichen Rente von 48 Prozent scharf attackiert. Hier beruft sich der Kapital-Lobbyist auf ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Das aktuelle Rentenniveau von 48 Prozent würde im Jahr 2040 die Beitrags- und Steuerzahler voraussichtlich 64 Milliarden Euro zu-

sätzlich kosten.

Durch welche Glaskugel die Autoren der Studie geschaut haben, bleibt ihr Geheimnis. Astrologie ersetzt bekanntlich nicht seriöse Wissenschaft. Letztere – insbesondere die Armutsforschung – hat eindrucksvoll belegt, dass selbst das aktuelle Rentenniveau nur einen Bruchteil der Lohnabhängigen vor Altersarmut schützt – auch nach Jahrzehnten der Erwerbsarbeit. Ziel der InsM ist aber bekanntlich nicht eine armutsfeste Rente, sondern niedrige Beitragssätze der Unternehmen und Marktanteile für private Versicherungskonzerne.

Nicht nur die gesetzliche Rente steht unter Beschuss. Geht es nach den Kapitalverbänden, soll auch der Arbeitsmarkt weiter dereguliert werden. Mit den Worten „Um die Lasten der Corona-Pandemie zu bewältigen, müsse statt Steuererhöhungsplänen und anderen Abgabphantastereien das Wachstumspotenzial des Arbeitsmarktes genutzt werden“, meldete sich in der vergangenen Woche IW-Direktor Michael Hüther zu Wort. Deutlicher kann man nicht formulieren, dass die

# - Das Kapital wünscht der Agenda-Politik

großen Konzerne und Banken nicht gewillt sind, sich an der Finanzierung der Kosten der Krise zu beteiligen.

Stattdessen wird verklausuliert die alte These „Sozial ist, was Arbeit schafft“ aus dem neoliberalen Giftschrank hervorgeholt. Hierbei beruft sich Hüther auf eine Studie des eigenen Instituts. Deren zentrale These besagt, dass durch eine graduelle Erhöhung der Erwerbstätigenquote um 2,5 Prozentpunkte sowie der wöchentlichen Arbeitszeit auf das Niveau der Schweiz das preisbereinigte deutsche Bruttoinlandsprodukt nach zehn Jahren um bis zu acht Prozent steigen könnte. In der Schweiz liegt die Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen 11 Prozent höher als in der BRD. Dies macht die Dimension des geplanten Angriffs auf die Arbeitszeit deutlich. Würde man die schweizerische Wochenarbeitszeit und die Jahresarbeitswochen auf das deutsche Arbeitsmarktmodell übertragen, ergäbe dies ein Potenzial von 7,7 Milliarden Stunden oder 4,7 Millionen Vollzeit-äquivalenten.

Nicht nur die aktuell eingeforderten Instrumente – Deregulierung des Arbeits-

markts und Angriffe auf die Arbeitszeit als Stimulanz für Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung – erinnern an die 2000er Jahre. Auch die Argumentationslinie erinnert fatal an die der Protagonisten der Agenda-Politik. Damals diente ein vermeintlicher Wettbewerbsnachteil der deutschen Wirtschaft gegenüber den schon in den 1980er Jahren deregulierten angelsächsischen Volkswirtschaften als Argument für die Politik hierzulande. In der aktuellen Debatte muss nun die Schweiz als Beispiel dafür herhalten, wie sogenannte „brachliegende Arbeitsmarktpotenziale“ gehoben werden könnten. Die Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der 2000er Jahre sind bekannt: Prekäre Beschäftigung und Sozialabbau für die einen, Profitmaximierung für die anderen. Es bedarf daher mehr als eines Kreuzes am Wahltag, um eine Agenda-Politik 2.0 zu verhindern.



**Ulf Immelt**

# DKP in Aktion



Wie jedes Jahr hat sich die DKP Marburg an der 1. Mai-Kundgebung und -Demonstration des DGB beteiligt. Gemeinsam zogen wir durch Marburg, machten die Forderungen der Arbeiterklasse und der Jugend laut bekannt und verteilten natürlich auch viele UZs und sammelten einige Unterstützerunterschriften für die Bundestagswahl.



Zum Aktionstag der SDAJ unter dem Motto „dieses System macht uns Krank“ standen wir an einem gemeinsamen Infostand den ganzen Tag am Elisabeth-Blochmann-Platz. Wir führten viele interessante Gespräche und konnten viele Jugendliche für Bonzen-Büchsenwerfen und unser Glücksrad begeistern.



Auch am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, nahmen DKP und SDAJ an der Demonstration des Bündnisses teil.

# Defender 2021

## Natomanöver gefährdet den Frieden und kilt das Klima

Von März bis Juni war es wieder so weit: US-Streitkräfte führten gemeinsam mit ihren europäischen Verbündeten das Großmanöver „Defender Europe 2021“ als Mobilmachungsübung gegen Russland in Südosteuropa und in der Schwarzmeerregion durch. Defender Europe ist als Manöverserie konzipiert, soll jedes Jahr stattfinden und war letztes Jahr bereits, bei 30.000 Soldaten im Einsatz, die größte Militärübung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

Wie gruselig das Ganze ist erkennt man daran, dass in dem Manöver-Zeitraum der „Tag der Befreiung“ (8. Mai) und der 80. Jahrestag des Überfalls der faschistischen deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion (22. Juni) fielen. „Ja, da sind wir dabei, das ist prima“ wird sich nicht nur Annegret Kramp-Karrenbauer gedacht haben, als es wieder darum ging, mit deutschen Soldaten Richtung Russland zu marschieren und für zentrale logistische Aufgaben bereit zu stehen. So ist operativ zuständig für Transport und Manöver das US-Heereskommando Europa in Wiesbaden, geleitet wird es über das EUCOM in

Stuttgart. Datenübertragung und ergänzende Lufttransporte erfolgen über die US-Air Base Ramstein.

Erinnert sei auch daran, dass die Militärlübungen aus der Defender-Serie große Ähnlichkeit mit der Großübung „Reforger“ haben, mit der die Nato und ihre europäischen Verbündeten zwischen 1969 und 1993 jährlich die Anfangsphase eines Krieges mit der Sowjetunion durchspielten.

---

**Überall auf dem Kontinent demonstrieren Menschen gegen die lebensbedrohende Umweltzerstörung und für die Eindämmung des Klimawandels. Währenddessen praktiziert der größte Umweltzerstörer und Klimakiller Militär unbeeindruckt seine Rituale.**

---

Die NATO macht kein Hehl daraus, dass für sie Südosteuropa und die Schwarzmeerregion von größter strategischer Bedeutung sind. Von den fünf Ländern, über deren Häfen US-Truppen nach Europa verlegt werden, lie-

gen vier in Südosteuropa – Slowenien, Kroatien, Albanien und Griechenland. Auch die Flughäfen sowie die Truppenübungsplätze, die die US-Streitkräfte nutzen wollen, befinden sich zu zwei Dritteln in Südosteuropa. Dort werden Logistikzentren errichtet, Luftlandeoperationen geübt. Die Dramatik lässt sich auch daran ablesen, dass Kriegsschiffe der USA und weiterer Mitgliedstaaten abgesehen von den Anrainern inzwischen während rund zwei Dritteln des Jahres im Schwarzen Meer operieren. Damit aber nicht genug: Während bei den „Defender Europe“-Manövern der Aufmarsch gegen Russland an allen möglichen Teilfronten geübt wird, proben die US-Streitkräfte mit asiatischen Verbündeten zugleich den Aufmarsch gegen China – im Rahmen der „Defender Pacific“-Manöverserie, die gleichfalls im vergangenen Jahr gestartet wurde, hierzulande aber kaum beachtet worden ist. Der neue kalte Krieg hat also zwei große Fronten, auch wenn Deutschland – noch – vor allem von einer davon, derjenigen, die sich gegen Russland richtet, betroffen ist.

### **Großmanöver „Sea Breeze 2021“**

Wie sehr das Schwarze Meer im Fokus der NATO ist, zeigt auch der Beginn eines weiteren Großmanövers mit dem entspannten Titel „Sea Breeze“ (See-Brise“). 5.000 Soldaten aus 32 Ländern mit 32 Schiffen, 40 Flugzeugen sowie 18 Spezialeinheiten und Tauchteams nehmen daran teil. Geprobt werden verschiedene Operationsarten, darunter amphibische Manöver und Einsätze an Land, der Luft- und U-Boot-Abwehr sowie maritime Abriegelungsoperationen. Besondere Bedeutung besitzt die militärische Kooperation mit der Ukraine und Georgien, den beiden einzigen Anrainerstaaten außer Russland, die nicht der NATO angehören.

Überall auf dem Kontinent demonstrieren Menschen gegen die lebensbedrohende Umweltzerstörung und für die Eindämmung des Klimawandels. Währenddessen praktiziert der größte Umweltzerstörer und Klimakiller Militär unbeeindruckt seine Rituale.



**Herwig Selzer**

# Buchempfehlung: „Feindbild China“

Die Mainstream-Presse hilft uns in dieser Frage aktuell kaum weiter. China wird dort meist einfach nur als Bedrohung dargestellt.

Ein China-Kenner, der den Großteil seines Lebens vor Ort verbracht hat, der mit Behörden und Unternehmen zusammengearbeitet hat und der das riesengroße Land bereist hat, um sich Probleme vor Ort anzusehen, wäre gefragt. Ideal wäre es, wenn er seine Ausbildung in einem sozialistischen Land erhalten hätte und sozialistische Systeme miteinander vergleichen könnte.

Einen Mann mit solchen Eigenschaften gibt es wirklich: Uwe Behrens. Und er hat ein Buch darüber geschrieben: „Feindbild China“.

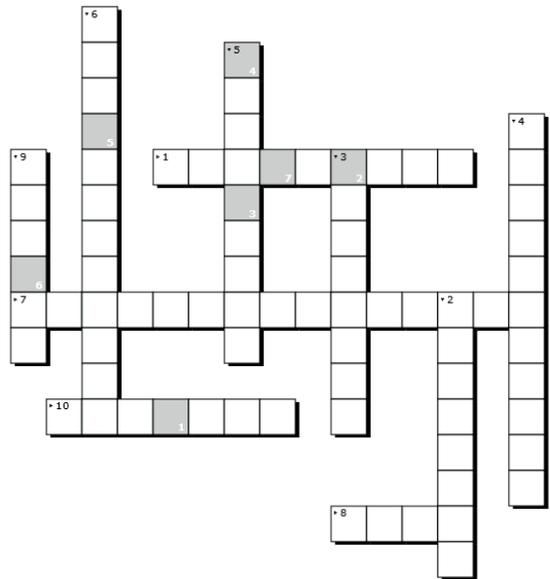
Uwe Behrens ist ein in der DDR promovierter Transportökonom. Er ging als Logistikexperte für ein BRD-Unternehmen nach Peking, wo er fast 30 Jahre lebte. Um das gängige Chinabild zurechtzurücken, behandelt sein Buch brennende Fragen:

Was geschah auf dem Tiananmen-Platz? Wie funktioniert das Sozialpunktesystem? Welche Eigentumsformen kennt die VR China? Macht die Armutsbekämpfung Fortschritte? Was geschieht mit den Uiguren? Was ist in Hongkong los? Werden die Tibeter unterdrückt? Was bedeutet „Neue Seidenstraße“? Ist die VR China vollends dem Kapitalismus verfallen? Wie stehen die ChinesInnen zu ihrer Regierung? Umweltschutz in China?

Das ist nur eine Auswahl der Themen dieses sehr empfehlenswerten Buches.

				3	4		1
			2	6			5
				7		3	
9		7	8			1	5
	3	5				6	8
	1	4			5	7	3
	2		3				
6			7		1		
1		3	9				

1. Marburger Bezugsperson der AgF
2. Die ... sind zwar Krisenverursacher, blechen dürfen aber andere
3. Wird von der Nato umstellt aber als Aggressor dargestellt
4. Bedroht einen später vor allem, wenn man arbeiten geht
5. Sollte man sowohl mit deutsche Wohnen als auch mit BioNTech machen
6. Sitzt für uns im Rathaus
7. Ist trotz des Namens mittlerweile altes Eisen
8. Denkt, er wäre der König von Marburg
9. Haben mit Klimaschutz wenig zu tun
10. Stehen leider über unserer Gesundheit



# Blick zurück

Mietenwahnsinn, Frieden und Antifaschismus – diese Themen standen im Zentrum unserer Aktivitäten.

Aktiv beteiligt waren wir bei der Demo gegen Mietenwahnsinn im März, unsere Stadtverordnete Tanja Bauder-Wöhr hielt eine eindrucksvolle Rede; Ende April bei der Online-Veranstaltung referierte sie mit Elke Kahr zusammen (KPÖ-Stadträtin in Graz) zu dem Thema „Wohnen ist ein Grundbedürfnis – keine Ware!“ – viele wissenswerte Fakten wurden vermittelt.

Bei den Jahrestagen 8. Mai „Tag der Befreiung“ und 22. Juni „80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion“

waren wir mit vielen anderen Bürgern auf der Straße (s. Seiten dieser Ausgabe).

Georg Fülberth und Gert Meyer referierten aus Anlass des 150. Geburtstages von Rosa Luxemburg (5. März) und Karl Liebknecht (13. August) zu deren unermüdlichem und herausragendem Kampf gegen den Krieg.

Ebenfalls im Online-Format (SDAJ-TV) gab es viele wichtige Infos und Einschätzungen von Prof. Joachim Hösler zu den Kräften und Konzepten des antifaschistischen Widerstands in Deutschland 1933-45.

# und nach vorne

Die oben genannten Themen werden auch unsere Kernthemen im Bundestagswahlkampf sein und in den Monaten danach! Selbstverständlich werden wir uns auch an Aktionen in Marburg anlässlich des globalen Klimastreiks am 24. September beteiligen. Kampf für Frieden und gegen Klimawandel gehören zusammen!

11.9.2021: Aktionstag der DKP und SDAJ Hessen

Kontaktieren könnt ihr uns auf Facebook unter

<https://www.facebook.com/DKP.Marburg/>

auf Instagram @dkpmarburg

auf unserer Website [www.dkp-marburg.de](http://www.dkp-marburg.de)

oder vor Ort jeden 2. Mittwoch 18 Uhr im Schwanenhof (genauer Termin auf Anfrage)

---

**„Die Rechtsordnung ist <...>  
niemals eine neutrale Größe,  
die nur aus sich selbst ver-  
standen werden kann, son-  
dern stets Produkt und Ge-  
genstand der politischen und  
sozialen Kämpfe.“**

**-Wolfgang Abendroth**

---